

Jahre in die volle Theilnahme an unserem politischen Leben eingetreten sind, hat das Bewußtsein der neuen Gemeinschaft in weiten Kreisen sichtlich festere Wurzeln geschlagen. Die Gefühle u. Stimmungen, welche der neuen Ordnung der Dinge noch widerstreben, haben sich je länger je mehr ohnmächtig erwiesen, die öffentliche Meinung zu beherrschen. Bei dem Besuche unseres Königs in den neuen Provinzen sind vielfach Kundgebungen einer wärmeren Theilnahme und Hingebung hervorgetreten und haben die Zuversicht erhöht, daß eine kurze Zeit des Uebergangs genügen werde, um eine innigere Gemeinschaft des Fühlens und Strebens anzubahnen.

Die Befriedigung, einem großen Staatswesen anzugehören, muß sich um so mehr steigern, je mehr der Norddeutsche Bund innerlich erstarkt und seine Stellung nach außen bewährt. In beiden Beziehungen hat das verfloßene Jahr neue Bürgschaften einer hoffnungstreichen Entwicklung gebracht. Während in der Gesetzgebung des Bundes reiche Erfolge auf den verschiedensten Gebieten schon errungen u. weitere wichtige Fortschritte in Aussicht genommen sind, während die Vorbereitungen getroffen sind, um die inneren Einrichtungen des Bundes weiter kräftig fortzubilden und zu vervollständigen, hat der Bund den deutschen Namen überall zu neuen Ehren gebracht und unsere Landsleute jenseits der Meere geben ihre freudige Theilnahme an dem Wiederaufstehen des deutschen Vaterlandes kund.

Das Jahr 1868 hat aber vollends auch die Zuversicht erhöht, daß die Neugestaltung der deutschen Verhältnisse nicht eine Spaltung zwischen Nord- und Süddeutschland begründet, vielmehr die sichereren Grundlagen einer unvermeidlichen festen Einigung ganz Deutschlands geschaffen hat. Zum ersten Male in vorigem Jahre hat eine Vertretung des gesammten deutschen Volkes gemeinsame deutsche Interessen berathen. Trotz der Nachwirkung der lebhaften Parteikämpfe, welche die Wahlen zum Zollparlament begleitet hatten, trat die einigende Macht des deutschen Bewußtseins schon in jener ersten Versammlung siegreich hervor. Inzwischen hat die nationale Gesinnung sich auch in Süddeutschland immer kräftiger geregt, und jüngst sind von dort neue erfreuliche Kundgebungen ausgegangen, welche keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß Süddeutschland auf dem Boden der bestehenden Verträge die Gemeinschaft mit dem Norddeutschen Bunde aufrichtig pflegen und weiterentwickeln will. Unter dem Eindrucke solcher Stimmungen werden die künftigen Berathungen der gemeinsamen Volksvertretung gewiß immer mehr dazu beitragen, das geschlossene Band zum Segen Deutschlands zu befestigen.

Dieses Band gemeinsamer Kraft und Wohlfahrt ist von vorn herein vornehmlich als eine Bürgschaft des Friedens aufgefaßt worden; — auch in dieser Beziehung haben unsere Hoffnungen sich nicht getäuscht.

Alle trüben Vorhersagungen, daß um der deutschen Angelegenheiten willen im Laufe des Jahres 1868 ein neuer großer Krieg entbrennen müsse, sind zu Schanden geworden, und mit größerer Zuversicht denn je können wir jetzt einer weiteren friedlichen Gestaltung entgegensehen. Gerade die jüngsten Wochen haben gezeigt, daß selbst Verwickelungen, welche nach langjährigen Befürchtungen vorzugsweise dazu angethan schienen, den Weltfrieden zu erschüttern, jetzt vermöge des gemeinsamen Wunsches und Strebens aller Regierungen für die Erhaltung des Friedens eine rasche Beilegung finden sollen, und daß die anscheinende Spannung zwischen den europäisch. Mächten mehr und mehr einem vertrauensvollen Einvernehmen weicht. — Mögen diese Friedenszeichen uns in das Jahr 1869 hinüber geleiten, auf daß die Hoffnungen, die das verfloßene Jahr noch nicht zu erfüllen vermochte, jetzt vollends in Erfüllung gehen.

— Die Berathung des Staatshaushalts im Abgeordnetenhaus steht vor ihrem Abschlusse. — Die Vorberathung ist am 9. beendigt worden; die Schlußberathung fand am 14. statt.

Der Vertreter des Finanz-Ministeriums gab am Schlusse der Vorberathung eine Uebersicht über sämtliche vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Veränderungen des Voranschlags, durch welche im Ganzen eine Verminderung der Ausgaben um etwa 60,000 Thlr. herbeigeführt wird.

Die Staatsregierung wird die in der Vorberathung gefaßten Beschlüsse, auch insoweit sie dieselben vorher bekämpft hat, nicht von Neuem in Frage stellen. Die Mehrheit des Hauses wird vermuthlich ein gleiches Verfahren beobachten, und somit die Schlußberathung ohne neue Schwierigkeit zu Ende führen.

— Die Konferenz über den türkisch-griechischen Streit ist am 9. d. zu Paris unter dem Vorsitze des französischen Ministers zusammengetreten. Die Vertreter derjenigen Mächte, welche den Vertrag von 1856 unterzeichnet haben, England, Frankreich, Rußland, Preußen, Oesterreich, Italien und Türkei, sind Theilnehmer der Konferenz; ein Vertreter Griechenlands ist zu den Berathungen zugezogen, ohne jedoch an den Beschlüssen der Konferenz mitwirken zu sollen. In der ersten Berathung wurden zunächst die unerläßlichen Förmlichkeiten erledigt; der Vertreter Griechenlands erhob Widerspruch gegen die ihm zugewiesene Stellung und kündigte an, daß er darüber erst Weisungen seiner Regierung einholen müsse. — Man darf nach wie vor eine befriedigende Erledigung der schwebenden Streitfragen durch die Konferenz in Aussicht nehmen.

* Das Obertribunal hat nach der „G. Ztg.“ den Grundsatz ausgesprochen, daß eine Banknote der preussischen Bank in einem Licitations-Termin gegen den Willen der miterstehenden Bieter nicht als Kaution bestellt werden könne!